



**Geschäftsführung
Betriebsausschuss des
Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt
Köln**

Ansprechpartner/in: Frau Bültge

Telefon: (0221) 221-23702

Fax: (0221) 221-26928

E-Mail: barbara.bueltge@stadt-koeln.de

Datum: 12.05.2009

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Betriebsausschusses der Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln** in der Wahlperiode 2004/2009 am Donnerstag, dem 12.03.2009, 14:00 Uhr bis 17:53 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Götz Bacher SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Hans-Werner Bartsch CDU
Herr Henk van Benthem CDU

Frau Margret Dresler-Graf CDU

Herr Alfred Hoffmann CDU

Herr Dr. Alexander Fladerer SPD
Frau Polina Frebel SPD
Herr Michael Paetzold SPD
Herr Gerhard Brust Grüne
Frau Dr. Sabine Müller Grüne
Herr Dr. Rolf Albach FDP

stellvertretend für Frau
Gärtner
stellvertretend für Herrn
Grau
stellvertretend für Herrn
Dr. Paul

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Herr Heinz Peter Fischer Die Linke

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Herr Anton Henk auf Vorschlag der CDU
Herr Dietmar Donath auf Vorschlag der SPD

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Dr. Martin Theisohn
Frau Heidi Eichenbrenner
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß

AIDS-Hilfe Köln e.V.

Verwaltung

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst
Herr Dr. Ernst Drösemeier
Herr Michael Eppenich
Herr Christian Rahmfeld

Schriftführer/in

Frau Barbara Bültge

Presse Zuschauer

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**

- 2 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

- 3 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
 - 3.1. Sauberkeit vor den Gebäuden der Kölner Universität sowie den Kölner Fachhochschulen
Antrag der FDP-Fraktion vom 03.02.2009
AN/2260/2008

 - 3.2 Verweis aus dem Rat: Winterdienst an Haltestellen und Fahrgastunterständen
Antrag von Ratsmitglied Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis);
AN/0148/2009
Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln; AN/0249/2009
 - 3.2.1 Winterdienst an Bushaltestellen
Stellungnahme der Verwaltung zu den Anträgen
0687/2009

4 Beschlussvorlagen

- 4.1 Wirtschaftsplan 2009 für die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln
0667/2009

5 Mitteilungen

- 5.1 Verlängerung der Beauftragung des Verbundes gemeinnütziger Kölner Möbellager e.V. um weitere 6 Monate zur Durchführung des Probeversuches zur Wiederverwendung und Wiederverwertung von Sperrmüll
0551/2009
- 5.2 Berichtswesen für den Eigenbetrieb AWB der Stadt Köln
0662/2009
- 5.3 AWB 2018
0986/2009
- 5.4 Schneeräumung von Fahrbahnen, Nebenanlagen und Haltestellen
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 03.02.2009, TOP 1.3
0692/2009

6 Mündliche Anfragen

- 6.1 Beschaffung von Unterflurcontainern in Grünanlagen; Gesamtprogramm
2008/2009
Mündliche Anfrage von RM Herrn Brust
- 6.2 Reinigung der Radwege durch die AWB
Mündliche Anfrage von RM Frau Dr. Müller

7 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 3 Absatz 4 Satz 2 der Betriebssatzung der Stadt Köln für die Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Keine.

2 Anfragen gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Keine.

3 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Sauberkeit vor den Gebäuden der Kölner Universität sowie den Kölner Fachhochschulen Antrag der FDP-Fraktion vom 03.02.2009 AN/2260/2008

SB Herr Dr. Albach begründet den Antrag. Aufgrund des Rauchverbotes verlagere sich die Verantwortung für die Sauberkeit aus dem Bereich der Hochschulen in den öffentlichen Raum. Hier befänden sich jedoch keine Aschenbecher, so dass durch die weggeworfenen Kippen ein ungepflegtes Stadtbild verursacht werde. Daher bitte die FDP-Fraktion die Verwaltung, diese Situation zu klären, so dass im öffentlichen Raum ausreichend Aschenbecher zur Verfügung stehen.

RM Herr Brust äußert sein Unverständnis darüber, weshalb diese Frage gerade an den Hochschulen festgemacht werde. Auf den Vorplätzen sei die Uni selbst für die Sauberkeit zuständig. Das Problem sei vor Schulgebäuden und Kneipen viel gravierender. Die Frage der Zuständigkeit müsse hier generell geklärt werden. Normalerweise seien für die Bürgersteige die Anlieger und nicht die Stadt zuständig. Er schlage daher vor, die Verwaltung zu beauftragen, eine Stellungnahme abzugeben, wie dieses Problem, insbesondere im Hinblick auf Schulen und Kneipen, in den Griff zu bekommen sei.

RM Herr Dr. Fladerer betrachtet den Antrag ebenfalls als problematisch, da er den Eindruck erwecke, die Stadt habe für Entsorgungsmöglichkeiten auf privatem Grund zu sorgen. Es sei aber sinnvoll, dass die Verwaltung auf die entsprechenden Institutionen zugehe, die mit "draußen bleiben müssenden" Rauchern Probleme haben. Er befürworte daher auch eine entsprechende Prüfung und Stellungnahme durch die Verwaltung. Insbesondere in der Innenstadt müsse ein ganz anderer Ansatz gefunden werden, da es hier häufig keine Anliegerreinigung gebe, aber viele Gastronomiebetriebe vorherrschten. Genau diese Bereiche seien durch den Mehraufwand mit der bisherigen Straßenreinigungssatzung nicht abgedeckt.

RM Herr Bartsch kündigt für die CDU-Fraktion an, den Antrag abzulehnen, da man dies als eine "Beschäftigungstherapie" für die Verwaltung betrachte. Hier sei das Verhalten jedes Einzelnen angesprochen und nicht die Obhut der Stadt gefragt. Es

gebe genügend Bereiche, in denen Entsorgungsbehälter stehen. Gerade am Beispiel der nicht genutzten Behälter sei dies ablesbar.

Nach weiteren intensiven Diskussionen einigt man sich im Ausschuss darauf, den vorhandenen Antrag der FDP zu vertagen, die Verwaltung um eine Stellungnahme zu diesem Antrag zu bitten und einen weitergehenden Prüfauftrag bezüglich der Anmerkungen von Herrn Brust und Herrn Dr. Fladerer an die Verwaltung zu richten.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher stellt den Beschlusstext zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Antrag der FDP-Fraktion wird in die nächste Sitzung vertagt.

Die Verwaltung wird um eine Stellungnahme zu diesem Antrag gebeten.

Sie wird zudem gebeten, bis zur nächsten Sitzung zu prüfen, wie sich die Situation an Schulen, um öffentliche Gebäude und um Gaststätten in Köln darstellt und wie dem Problem begegnet werden kann, insbesondere da, wo keine Anliegerreinigung besteht.

Überdies wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob Handlungsbedarf bezüglich Anpassung an die Straßenreinigungssatzung besteht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.2 Verweis aus dem Rat: Winterdienst an Haltestellen und Fahrgastunterständen

Antrag von Ratsmitglied Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis);

AN/0148/2009

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln;

AN/0249/2009

3.2.1 Winterdienst an Bushaltestellen

Stellungnahme der Verwaltung zu den Anträgen

0687/2009

RM Herr Dr. Fladerer bittet, die Stellungnahme der Verwaltung zu den Anträgen mündlich zu erläutern. Wenn er sie richtig gelesen habe, wäre weder der eine noch der andere Antrag in der vorliegenden Form aus rechtlichen Gründen beschlussfähig.

SB Herr Dr. Albach bemerkt, er habe nicht verstanden, weshalb einerseits lt. Straßenbahnvertrag die KVB und andererseits lt. Straßenreinigungsgesetz NRW die Anwohnerinnen bzw. Anwohner zur Reinigung verpflichtet seien.

Außerdem finde er es bemerkenswert, dass der Kommentar zum Gesetz besage, die Straßen müssten vor 7 Uhr und bis 22 Uhr frei sein. Die Straßenreinigungssatzung besage jedoch wiederum, dass nach 7 Uhr zu reinigen sei und nur bis 20 Uhr. Er fragt, ob es hier nicht einen Widerspruch gebe.

Herr Winkels erläutert, dass das Problem die ebenerdigen Haltestellen seien, die sich nicht durch entsprechende bauliche Anlagen von den Fußgängerwegen abgrenzen. Bei einer Anliegerreinigung hätten die Anlieger nur eine bestimmte Tiefe zu reinigen. Wenn sich beispielsweise zwischen Fußgängerweg und Haltestelle ein Radweg befinde, beziehe sich die Reinigungspflicht nicht darauf. Im Ergebnis werde dieser Bereich nur gereinigt, wenn dies aus öffentlichen Haushalten finanziert werde, es sei denn, dort gelte die Straßenreinigungssatzung.

Herr Winkels informiert darüber, dass zwischen Stadt Köln, den Abfallwirtschaftsbetrieben und den KVB zu dieser Problematik ein Gespräch stattgefunden habe. Anschließend sei das Amt für Straßen und Verkehrstechnik beauftragt worden, zu ermitteln, wo Anlieger bis zu welcher Tiefe reinigungsverantwortlich seien, wo ergänzend die Stadt Köln zuständig sei und wo die Straßenreinigungssatzung greife. Er hoffe, dass das Ergebnis, das über 1.000 Haltestellen umfasse, bald vorliege.

Hinsichtlich der zweiten Frage sei ihm ein Widerspruch zwischen Straßenreinigungssatzung und Landesreinigungsgesetz nicht bekannt. Er werde dies aber gerne nachprüfen und eine Stellungnahme dazu abgeben.

RM Frau Dr. Müller berichtet, über dieses Thema sei ansatzweise bereits im Verkehrsausschuss diskutiert worden, zumal dies neben Nutzerinnen und Nutzern des ÖPNV auch Fußgängerinnen bzw. Fußgänger und Fahrradfahrerinnen bzw. Fahrradfahrer betreffe. Sie gehe davon aus, dass das Amt für Straßen und Verkehrstechnik hier ebenfalls prüfen werde, wo Anliegerinnen bzw. Anlieger zur Reinigung verpflichtet seien und wo nicht. Ihr gehe es auch um die durchgängige Reinigung der Radwege. Sie erwarte daher, dass die Verwaltung rechtzeitig vor der nächsten Wintersaison diese Fragen klärt, nicht nur bezogen auf die Haltestellen, sondern auch hinsichtlich der Radwege, die an den Fußwegen liegen.

RM Herr Dr. Fladerer erwidert, dass er das Problem der Radwege von der Haltestellenproblematik differenziert betrachten wissen möchte. Klimatische Bedingungen, wie sie im letzten Winter der Fall waren, schränkten das Führen eines Zweirades deutlich ein, so dass es, selbst bei einer gründlichen Reinigung der Radwege, eine große Gefährdung aller Verkehrsteilnehmer mit sich bringen würde.

Auf seine Frage, ob die Gespräche zwischen Stadt Köln, KVB und AWB zu einer Lösung des Problems führten, die dem Anliegen der beiden Anträge gerecht werde, antwortet Herr Winkels, dass die Verwaltung dem Ausschuss das Ergebnis präsentieren werde.

SB Herr Dr. Albach spricht sich ebenfalls dafür aus, das Problem der Fahrradwegereinigung getrennt, z. B. im Rahmen einer Änderung der Straßenreinigungssatzung zu behandeln.

RM Frau Dr. Müller pflichtet dem grundsätzlich bei. Da das Amt für Straßen und Verkehrstechnik sich ohnehin mit dieser Thematik beschäftige, werde es dieses Problem wahrscheinlich in geeigneter Form mit berücksichtigen. Sie bittet, einen Auszug mit dem Verlauf der Diskussion an den Verkehrsausschuss weiterzuleiten, um eine durchlässigere Kommunikation zu ermöglichen.

Generell bittet sie um eine verbesserte Kommunikation. So sei es sinnvoll, die Anlieger über ihre genauen Reinigungspflichten zu informieren und dass diese z. B. auch die Radwege und die Bushaltestellen umfassten.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher bittet die Verwaltung, sowohl intern, als auch mit AWB und KVB Gespräche zu führen. Bis sie ein Ergebnis über diese Gespräche vorstellt, sollten die Anträge zurückgestellt werden.

Dem Vorschlag stimmen die übrigen Mitglieder des Ausschusses zu.

Beschluss:

Die aus dem Rat verwiesenen Anträge von Ratsmitglied Dr. Müser (Kölner Bürger Bündnis) (AN/0148/2009) und der Fraktion Die Linke.Köln (AN/0249/2009) betreffend "Winterdienst an Haltstellen und Fahrgastunterständen" werden zurückgestellt, bis die Verwaltung Gespräche intern sowie mit AWB und KVB zur Lösung der Problematik geführt hat und ein Ergebnis dieser Gespräche vorlegt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4 Beschlussvorlagen

4.1 Wirtschaftsplan 2009 für die Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln 0667/2009

SB Herr Dr. Albach meldet für die FDP-Fraktion Beratungsbedarf an. Sowohl der Wirtschaftsplan, als auch die Abrechnung danach und viele andere Beschlussvorlagen seien erst in den letzten Tagen vor der Ausschusssitzung zugestellt worden, so dass man keine Zeit hatte, diese Vorlage eingehend zu prüfen. Er bittet daher, sie in die nächste Sitzung zu vertagen.

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden, ob die Vorlage dringend sei, informiert Herr Winkels die Ausschussmitglieder, dass die Wirtschaftsprüfer im April anwesend seien und die Vorlage deswegen eine gewisse Dringlichkeit besitze.

Ausschussvorsitzender RM Herr Bacher bekräftigt die Aussage von Herrn Dr. Albach, Vorlagen nicht so kurzfristig in die Beratung zu geben, dass die Fraktionen sich nicht vernünftig vorbereiten können.

RM Herr Dr. Fladerer schlägt vor, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen. Ohnehin sei der Finanzausschuss federführend. Bezüglich des Vermögensplans möchte er wissen, auf wie viel Euro sich das Eigenkapital belaufen werde.

Herr Winkels erläutert, es handle sich um marginales Eigenkapital. Zunächst werde der Eigenbetrieb mit 5,5 Mio. € belastet. Es gingen allerdings noch bestimmte Einnahmen, wie Überdeckungen aus 2007 und 2008 ein. Außerdem erhalte man noch einen Zuschuss vom Stadtwerkekonzern. Da die Straßenreinigungssatzung nicht beschlossen worden sei, müssten 1,78 Mio. über den städtischen Haushalt ausgeglichen werden. Dies mache hochgerechnet 5,5 Mio., die derzeit noch nicht zur Verfügung stünden. Daher werde das Eigenkapital in dieser Höhe belastet. Dies sei betriebswirtschaftlich erforderlich.

- Zunächst lässt der Ausschussvorsitzende über eine Vertagung der Beschlussvorlage in die nächste Sitzung abstimmen:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün vertagt die Beschlussvorlage in die nächste Sitzung am 30.04.2009.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme der FDP-Fraktion.

- Anschließend stellt er die Verweisung der Vorlage ohne Votum in den Rat zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme der FDP-Fraktion.

5 Mitteilungen

**5.1 Verlängerung der Beauftragung des Verbundes gemeinnütziger Kölner Möbellager e.V. um weitere 6 Monate zur Durchführung des Probeversuches zur Wiederverwendung und Wiederverwertung von Sperrmüll
0551/2009**

Der Betriebsausschuss des Abfallwirtschaftsbetriebs der Stadt Köln nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.2 Berichtswesen für den Eigenbetrieb AWB der Stadt Köln 0662/2009

Der Betriebsausschuss des Abfallwirtschaftsbetriebs der Stadt Köln nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.3 AWB 2018 0986/2009

RM Herr Dr. Fladerer vermisst die Beantwortung der Fragen, die im Betriebsausschuss am 29.01.2009 gestellt und im Finanzausschuss am 09.02.2009 bereits beantwortet worden seien. Im Finanzausschuss seien weitere Fragen gestellt worden, die auch in der dortigen nächsten Sitzung beantwortet werden sollen. Er bittet, sowohl die Beantwortung auf die im Betriebsausschuss gestellten Fragen und die Antworten auf die Fragen im Finanzausschuss in der nächsten Sitzung des Betriebsausschusses zur Kenntnis zu geben.

Der Betriebsausschuss des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Köln nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

5.4 Schneeräumung von Fahrbahnen, Nebenanlagen und Haltestellen hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 03.02.2009, TOP 1.3 0692/2009

RM Frau Dr. Müller stellt fest, es sei relativ klar, wer was zu tun habe. Offensichtlich gebe es jedoch ein Vollzugsdefizit. Aber auch das gelte es von der Verwaltung zu klären und zu optimieren, so dass jeder über seine Zuständigkeit Bescheid weiß.

Der Betriebsausschuss des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Köln nimmt die als Tischvorlage umgedruckte Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

6 Mündliche Anfragen

6.1 Beschaffung von Unterflurcontainern in Grünanlagen; Gesamtprogramm 2008/2009 Mündliche Anfrage von RM Herrn Brust

RM Herr Brust spricht einen Beschluss des AVR an, bestimmte Grünanlagen mit Unterflurcontainern auszustatten, so wie sie auch schon am Aachener Weiher aufgestellt worden seien. Er betrachtet es als nicht vorteilhaft, dass der für Reinigung und Sauberkeit zuständige Betriebsausschuss derartige Vorlagen überhaupt nicht zur Beratung vorgelegt bekomme. Auch sei es mittlerweile kaum noch möglich, einen Überblick zu behalten, da auch Bezirksmittel in diesem Bereich vergeben werden und man nicht mehr wisse, was alles parallel laufe. Vielmehr müsste ein Ausschuss alles koordinieren (Stichwort "Reinigung aus einer Hand").

Herr Brust regt an, dass der Betriebsausschuss des Abfallwirtschaftsbetriebs der Stadt Köln als genereller Ausschuss für alle Dinge, die mit Reinigung zu tun haben, zuständig sein solle.

Außerdem möchte er wissen, wie viel Geld im Gesamtprogramm 2008/2009, das in der Dringlichkeitsvorlage erwähnt werde, enthalten ist.

Herr Eppenich erklärt, dass er zu den Zahlen nichts sagen könne, da er diesen Bereich nicht betreue und nur im Auftrag gehandelt habe.

Im Übrigen ergeben sich die Zuständigkeiten aus der Zuständigkeitsordnung des Rates. In diesem Fall sei für Lieferungen und Leistungen nach VOL der AVR zuständig.

6.2 Reinigung der Radwege durch die AWB Mündliche Anfrage von RM Frau Dr. Müller

RM Frau Dr. Müller spricht die generelle Reinigung der Radwege durch die AWB an. Sie möchte wissen, ob es eine Priorisierungsliste gibt, aus der ersichtlich ist, wie oft stark frequentierte Radwege gereinigt werden.

Sie bittet um eine Stellungnahme zu einer der nächsten Sitzungen.

7 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 3 Absatz 4 Satz 2 der Betriebssatzung der Stadt Köln für die Abfallwirtschafts- betriebe der Stadt Köln

Keine.

gez.
Götz Bacher (Ausschussvorsitzender)

gez.
Barbara Bültge (Schriftführerin)